

**Antrag**  
**(Alternativantrag)**

**der Parlamentarischen Gruppe der FDP**

**zu dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**- Drucksache 7/3731 -**

**Das Thüringer Bildungswesen stärken - Schlussfolge-  
rungen der Corona-Monate umsetzen**

**Selbstverantwortung der Schulen respektieren und för-  
dern - Erfahrungen aus der Corona-Pandemie für Moder-  
nisierung des Schulwesens nutzen**

I. Der Landtag stellt fest:

1. Während der Corona-Pandemie sind und waren die Schulen in besonderer Weise herausgefordert. Kurzfristige Vorgaben und wechselnde Verfahrensweisen im Rahmen des Pandemiemanagements der Landesregierung haben bei Schulleitungen, Lehrkräften und in den Familien für Unruhe und Verunsicherung geführt. In vielen Fragen der Umsetzung von Hygienemaßnahmen oder von Distanzunterricht waren die Schulen in letzter Instanz auf sich gestellt. Gerade dort, wo engagierte Schulleitungen und Kollegien gemeinsam mit Eltern und Schülerinnen und Schülern eigenverantwortlich Lösungen entwickelt haben und auch kreative Wege gegangen sind, konnten trotz teilweise enormen Verwaltungsaufwands ein sicherer Schulbetrieb und kontinuierliche Bildungsarbeit sichergestellt werden.
2. Schulen, in denen digitale Medien und Lernplattformen bereits seit Jahren zum Alltag gehören, gelang der Übergang zum Distanzunterricht reibungsloser als anderen. Aber noch immer sind nicht alle Schulen an ein Breitbandnetz angeschlossen und die Grundausstattung für vernetzte Schule ist nur selten vorhanden. Noch immer fehlen rechtliche Rahmenbedingungen, um Klarheit über den Einsatz von digitalen Geräten in der Schule und speziell im Unterricht zu schaffen und für Sicherheit im Umgang mit ihnen zu sorgen.
3. Viele Akteure aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft haben zusätzlich zu den Verantwortlichen im öffentlichen Raum in den vergangenen Monaten dafür gesorgt, dass Bildung stattfinden kann, Schule digitaler wird und Lehrkräfte einen Einblick in die Möglichkeiten des digitalen Unterrichtens erhalten.

4. Die pandemische Lage und damit verbunden die gesellschaftliche Auseinandersetzung bezogen auf die Richtigkeit der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben auch vor den Schultoren nicht halt gemacht. Lehrkräfte und Schulleitungen wurden wiederholt Opfer von Beleidigungen, Drohungen und tätlichen Angriffen. Der Landtag missbilligt diese Form der Auseinandersetzung und stellt sich hinter die Bediensteten in den Schulen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihr Bestes gegeben haben, um den Schulbetrieb am Laufen zu halten.
5. Die Pandemie hat gezeigt, dass nicht nur die mangelnde Digitalisierung von Schule, sondern auch vorhandene Strukturen in Sachen Schulbau kaum Flexibilität lassen in der Umsetzung alternativer Unterrichtskonzepte und neuer schulischer Lernformen sowie beim Einsatz zusätzlich notwendiger Raumluftechnik oder bei der Schaffung von IT-gestützten Arbeitsplätzen für Lehrkräfte in der Schule.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der Schulleitungen den Freiraum und die Selbstverantwortung von Schulen insofern zu stärken, als dass Entscheidungsräume auch mit den zugehörigen Instrumenten zur tatsächlichen Problemlösung verbunden werden, zum Beispiel durch ein Budget zur eigenverantwortlichen Verfügung oder einen Handlungsspielraum bei der Einbindung von Personal,
2. die Handlungsfähigkeit der Schulleitungen zu verbessern sowie pädagogisch-didaktische Schulentwicklung und Unterrichtsabsicherung zu gewährleisten, indem Aufgaben außerhalb von Unterricht an Verwaltungs-, Erziehungs- oder psychologisch geschultes Personal ohne Unterrichtsauftrag übertragen und somit multiprofessionelle Teams gebildet werden können,
3. über die Umsetzung der in Drucksache 7/3365 geforderten Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Digitalisierung des Thüringer Schulwesens hinaus, ein Symposium zur Digitalität in der Bildung mit allen an Schule Beteiligten und vor allem der Wissenschaft auf den Weg zu bringen und dafür zu sorgen, dass Erkenntnisse aus der entsprechenden Forschung schnell und zum Lehreralltag passend an heutige und zukünftige Lehrkräfte gelangen,
4. Schulen in der Zusammenarbeit mit externen Partnern aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zu stärken, indem sie mehr Zeit, flexibles Budget und Freiraum für die Umsetzung von Partnerschaften, zivilgesellschaftlichen Projekten und den Besuch von außerschulischen Lernorten sowie Schulausflüge erhalten,
5. im Rahmen der Aufarbeitung der Geschehnisse in den Schulen während der Corona-Pandemie die Funktionsfähigkeit des Krisenmanagements und des Meldesystems für "besondere Vorkommnisse" der Staatlichen Schulämter zu evaluieren und gemeinsam mit den Akteuren aus den Schulen so aufzustellen, dass sich Lehrkräfte in ganz Thüringen, die mit persönlichen Angriffen im Rahmen ihrer Tätigkeit konfrontiert sind, in der Gewissheit an die Schulaufsicht wenden können, dort Unterstützung und Rückendeckung zu erhalten,
6. die Schulbauförderrichtlinie unter dem Eindruck der Pandemie insofern zu überarbeiten, dass Luftqualität in Klassenzimmern, Platz für freie Lernformate und adäquat ausgestattete Arbeitsplätze für Lehrkräfte eine stärkere Rolle spielen.

**Begründung:**

Die Corona-Pandemie hat dem Schulwesen ein deutliches Zeugnis ausgestellt. An vielen Stellen ist die Schulgemeinschaft am Ende auf sich gestellt und muss eigenverantwortlich Entscheidungen treffen und Lösungswege entwickeln. Immer wieder zeigte sich im Rahmen des Pandemiemanagements im Bildungsbereich, dass die tatsächliche Umsetzung der Maßnahmen und teilweise damit verbunden auch die Entscheidung zur Auswahl der Maßnahmen nur in der Schule selbst erfolgen konnte. Entweder kamen Hinweise von der Landesregierung so kurzfristig, dass zur Sicherheit vorab eigene Planungen gemacht werden mussten oder die Entscheidung blieb am Ende doch vollends den Akteuren vor Ort überlassen. Schulleitungen und die Lehrerkollegien waren auf einmal neben der Absicherung von Unterricht damit befasst, Hygienepläne und ständig wechselnde Stundenpläne zu erstellen, Gruppen neu einzuteilen, Teststationen zu betreiben und die Lüftungsstrategie umzusetzen. Dabei hat sich gezeigt, dass Schulen sehr wohl eigenverantwortlich handeln können und sogar müssen. Aber immer noch bleiben zwar die Entscheidungen den Schulleitungen überlassen, die Mittel zur Lösung der Herausforderungen werden ihnen aber nicht an die Hand gegeben. Vielfach haben sie weder die finanziellen Freiräume (verfügbare Budgets) noch personelle Unterstützung beispielsweise in der Verwaltung und Organisation.

Eine Schulgemeinschaft ist umso stärker je engagierter sich das Umfeld am Schulalltag und am Bildungsauftrag beteiligt. Nicht immer ist das Engagement einzelner engagierter Lehrkräfte und Eltern in den vergangenen Monaten auf Unterstützung von Seiten der Schulverwaltung im Allgemeinen gestoßen. Das demotiviert die Akteure, schwächt das Potential von Schule in Kooperation mit anderen und nimmt den Kindern die Chance auf Erfahrungsvielfalt. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass Schulen in der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern eigenverantwortlich handeln können und ein starkes Zentrum für die Gemeinschaft vor Ort sind. Diese Eigenverantwortung gilt es zu stärken und zu unterstützen. In dem Zusammenhang bedarf es einer Aufgabenkritik der aktuellen Verwaltungsstrukturen im Bildungswesen.

Dass die Digitalisierung eine der wichtigsten Transformationen unserer Zeit ist, wissen auch die Akteure des Bildungssystems nicht erst seit gestern. Dennoch war es die Pandemie, die ein Umdenken radikal einforderte. Dabei geht es bei der Digitalisierung neben den neuen Möglichkeiten wie Distanzunterricht, vor allem um die Bewältigung von Aufgaben des Schulalltags. Erfolgsbeispiele haben deutlich gezeigt, dass es nur bedingt eine Frage des Geldes ist, wie flexibles und digitalgestütztes Lernen und Lehren in Schule funktionieren kann. Wo ein kluges Konzept umgesetzt wurde, gelang Distanzunterricht und war die Kommunikation zwischen Schule und Familien einfacher. Um die Digitalisierung in Thüringens Schulen so schnell wie möglich und vor allem mit guten konzeptionellen Ideen umzusetzen, müssen neben den rechtlichen Rahmenbedingungen auch wissenschaftlich fundierte konzeptionelle Ansätze das Bildungswesen in das 21. Jahrhundert befördern.

Auch wenn Schule eigenverantwortlich agiert und vor Ort Entscheidungen trifft, so tragen Lehrkräfte und Schulleitungen nicht für alles Verantwortung. Dennoch mussten sie in der Pandemie gesellschaftspolitische Diskurse über die Richtigkeit der Maßnahmen oder verordnungspolitische Vorgaben am Schultor führen und aushalten. Sie ertrugen Beleidigungen, Drohungen und körperliche Angriffe. Diese Vorkommnisse sind auch nicht durch eine möglicherweise steigende Unzufriedenheit mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen zu rechtfertigen. Schule muss immer ein sicherer Ort sein, für Schülerinnen und Schüler und für Lehr-

kräfte. Das sogenannte Meldesystem für besondere Vorkommnisse bei den Staatlichen Schulämtern spiegelt nur einen Teil der Angriffe wider. Die Dunkelziffer ist größer. Grund dafür ist das fehlende Vertrauen der Lehrkräfte in das aktuelle System der Krisenintervention. Dies muss evaluiert werden.

Diskussionen um raumluftechnische Anlagen in Schulen und mobile Luftfilter haben gezeigt, dass sich ein Umdenken im Zusammenhang mit der Luftqualität im Klassenzimmer auch unabhängig von der pandemischen Lage lohnt. Es ist bekannt, dass eine gute Raumluf einen wesentlichen Einfluss auf das Lern- und Konzentrationsvermögen von Schülerinnen und Schülern hat. Dennoch sind raumluftechnische Anlagen in der Schulbauförderrichtlinie von der Finanzierung ausgeschlossen. Darüber hinaus ändern sich die Anforderungen an (Klassen-)Räume, die in der Schule für Unterricht und Lernphasen genutzt werden können. Neue Unterrichtsmodelle erfordern auch neue räumliche Gegebenheiten. Umgekehrt können flexiblere Raumaufteilungen im Schulalltag zu neuen Lernformen oder flexibleren Gruppeneinteilungen anregen. Gerade letzteres hätte in der Pandemie beim Entzerren des Schulbetriebs helfen können. Ebenso hätte das Vorhandensein von IT-gestützten Lehrerarbeitsplätzen in der Schule sowohl beim digitalen Unterrichten helfen als auch eine längere Präsenz der Lehrkräfte in der Schule ermöglichen können.

Für die parlamentarische Gruppe:

Baum